G 2527

Nr. 11–12/2023

Gymnasium

BADEN-WÜRTTEMBERG

PhV BW – Engagement hat viele Gesichter

NIMM DAS HEFT IN DIE HAND

Die Zeit ist reif! Nimm das Heft in die Hand für ein starkes Gymnasium! Das Gymnasium verdient mehr!

- **Damit Bildung anspruchsvoll bleibt und nicht verwässert wird!**
- **Damit es endlich adäquate Arbeitsbedingungen gibt!**
- **Damit wichtige Zukunftsthemen nicht verschlafen werden!**

GYMNASIUM.
GEMEINSAM.
GESTALTEN.

www.phv-bw.de

Inhalt

Editorial *[Ralf Scholl]* 2

Gegenüber Privatwirtschaft und dem übrigen öffentlichen Dienst konkurrenzfähig bleiben! *[Ursula Kampf]* 4

Regionalkonferenz BW in Leinfelden *[Ursula Kampf]* 5

Treffen des AK Senioren *[Helmut Hauser]* 5

Kinder schützen mithilfe von Digitalisierung: Wie kann das gelingen? *[Cord Santelmann]* 6

Gymnasiale Bildung in Zeiten des Lehrkräftemangels *[Tilo Hemmert]* 7

Lehrer kann jeder!? *[Timo Hemmert]* 9

Mit 'Klasse' (?) unterwegs – Theorie und Praxis – eine Realsatire im LÄND *[Karin Fetzner]* 10

Podiumsdiskussion bei 'G9 jetzt' *[Karin Fetzner]* 11

Thema aktuell: FDP 12

'G9 jetzt!' Initiative übergibt fast 80 000 Unterschriften *[Helmut Hauser]* 13

The JuPhi-Verbänd from »the Länd« zu Gast im »echten Norden« *[Miriam Plachta und Maximilian Röhricht]* 14

Der Rechtschreibcheck wird gecheckt *[Anne Käßbohrer]* 15

Zweitägige Veranstaltung in Schluchsee *[Bettina Hölscher]* 16

Aktuelles aus dem HPR *[Jörg Sobora]* 18

Aktuelles aus dem HPR asB *[Michael Belz]* 19

Volksantrag zu G9 *[Kerstin Rapp]* 20

Kultuspolitik in Zeiten des Lehrermangels *[Enver Groß]* 21

Der PhV BW im Gespräch mit ... *[Karin Fetzner und Martina Scherer]* 22

Klausurtagung des PhV BW *[Anne Käßbohrer]* 23

Titelbild/Karrikatur U4:
Philologenverband Baden-Württemberg

Redaktionsschluss:
Januar-Februar-Ausgabe: 27. Dezember 2023,
März-April-Ausgabe: 29. Februar 2024.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung).

Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden!
Enver Groß | enver.gross@phv-bw.de
Pfannenstiel 34 | 88214 Ravensburg

Liebe Leserinnen und Leser,

Ralf Scholl
ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

mit großer Freude und Genugtuung kann ich mich dem großen Thema G9 zuwenden – durch den bemerkenswerten **Erfolg der G9-jetzt!-BW-Initiative**.

Am 26. Oktober 2023 gaben Anja Plesch-Krubner und Corinna Fellner, die beiden Initiatorinnen, in einer Landespressekonferenz bekannt, dass sie den G9-Volksantrag mit **77 585 bestätigten Unterstützer-Unterschriften** bei der Landtagspräsidentin eingereicht haben. Es wurden also doppelt soviele wie die benötigten 38 556 Unterschriften gesammelt.

Das ist ein Paukenschlag für die Landespolitik, da der G9-Initiative im August 2023 erst 23 000 bestätigte Unterschriften vorlagen. Der Endspurt der Unterstützer war nach dem Hilferuf der beiden Frauen in den Sommerferien mehr als beeindruckend. Bis zum offiziellen Sammlungsende am 12. November 2023 ist die Zahl der bestätigten Unterstützer-Unterschriften sogar **auf 106 950** angewachsen, **das Dreifache des Quorums**.

Jetzt muss der baden-württembergische Landtag binnen drei Monaten formal darüber entscheiden, ob der Volksantrag zugelassen wird, sprich: Ob der mit dem Volksantrag eingereichte G9-Gesetzentwurf im Landtag debattiert wird. Als Drucksache 17/5729 steht das G9-Gesetz zur Information der Abgeordneten bereits online. Rechtliche Gründe für eine Ablehnung gibt es nicht. Bei einer Nichtzulassung würde der baden-württembergische Verfassungsgerichtshof auf Antrag der Antragstellerinnen über die Zulassung entscheiden.

Wir vom PhV BW können den beiden Frauen von der G9-Inititative gar nicht genug danken! Seit November letzten Jahres ist das Thema G9 trotz des expliziten »Sich nicht damit befassen Wollens« der Landesregierung wieder zurück in der aktuellen Diskussion. Die G9-Initiative hat sich damit zu einem echten Meilenstein in unserer Bildungspolitik und auch in der gesamten Landespolitik entwickelt! Erstmals seit den Anti-Atomkraft-Bürgerbewegungen der 1980er Jahre zwingen Bürger die Landespolitiker, sich eines Themas anzunehmen, das die Regierung explizit nicht anpacken wollte! – Sie erinnern sich? Im Koalitionsvertrag von 2021 gab es genau diesen einen Satz zum Gymnasium: *Keine Strukturdebatte: Das achtjährige Gymnasium bleibt die Regelform* (siehe Seite 65 in https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/210506_Koalitionsvertrag_2021-2026.pdf).

Wie allerdings über G9 im Landtag debattiert und entschieden werden wird, ist bisher noch völlig offen.

Bürgerforum G9

Auch das von Ministerpräsident Kretschmann für die Landesregierung einberufene Bürgerforum zu G9 wird bis Mitte Dezember 2023 ein Votum seiner etwa sechzig 'Zufallsbürger' abgeben.

Genau einen Tag nach der Landespressekonferenz der G9-Initiative wurde der Philologenverband Baden-Württemberg zur letzten Sitzung des Bürgerforums im November als 'Impulsgeber' eingeladen, zusammen mit der GEW, die sich gegen G9 aussprechen wird. In der gleichen Sitzung kommen dann auch noch der Landesrechnungshof und der Städtetag zu Wort.

Wir werden im Bürgerforum aus Sicht der direkt betroffenen gymnasialen Lehrkräfte die Vorteile von G9 darstellen, unter anderem:

- die in G9 zusätzlich verfügbare und dringend benötigte Zeit zum Üben im Unterricht,
- das deutliche Mehr an Zeit für Schüler-Aktivitäten außerhalb der

Schule dank freier Nachmittage und

→ die viel leichter möglichen Schulartwechsel von Realschulen und Gemeinschaftsschulen auf Gymnasien (bessere ‘Aufwärtskompatibilität’) als Plus für Spätentwickler.

Mal sehen, ob in weniger als 15 Minuten (einschließlich Diskussion) noch weitere Punkte, wie zum Beispiel die vorübergehende Lehrkräfteeinsparung, eingebracht werden können.

Seit vielen Jahren wurde in Baden-Württemberg über die Struktur unseres Schulsystems diskutiert. Die G9 Initiative hat in diesem Zusammenhang eine klare Botschaft gesendet: Es ist an der Zeit, unseren Schülern mehr Raum und Zeit für ihre Bildung und Entwicklung zu geben. Diese Botschaft hat die Herzen vieler Bürgerinnen und Bürger erobert, und das Ergebnis spricht für sich! Der G9 Volksantrag erhielt eine beeindruckende Anzahl von Unterschriften. Dies zeigt einerseits die Unterstützung der Bevölkerung für G9, andererseits aber auch die Bedeutung des Themas ‘Bildung’ für die Menschen in unserem Land.

Bildung ist ein entscheidender Faktor für die Zukunft unseres ‘Ländle’. Die Bürger haben dies vielleicht besser verstanden als unsere Politiker, die Ausgaben für Bildung nach wie vor nur als Kosten betrachten statt als Investition in die Köpfe unserer Kinder und damit in unser aller Zukunft. Jetzt liegt es an der Landesregierung und am Landtag, ihre Positionen zu G9 zu revidieren und den Bürgerwillen umzusetzen. Als Philologenverband Baden-Württemberg werden wir G9 konstruktiv begleiten. Unser Vorschlag für eine G9-Stundentafel ist fertig *(s. Tabelle)*.

Fach	Klassenstufe							
	5	6	7	8	9	10	11	Kontingent
Hauptfächer								
Deutsch	5	5	4	4	3	3	3	27
Mathematik	5	5	4	4	3	3	3	27
1. FS (Englisch)	5	4	3	4	3	3	3	25
2. FS (Franz./Latein)			4	4,5	4,5	4	3	20
Profilfach								
3. FS, NwT, IMP					4	4	4	12
Nebenfächer								
Religion/Ethik	2	2	2	1	1	1	2	11
Geschichte	0	0	2	2	2	2	2	10
Geographie	2	2	2	0	0	2	2	10
Gemeinschaftskunde + Wirtschaft				2	2	2	2	8
Wirtschaft/BSO								geht in GK auf
Naturwissenschaften								
BNT	0	0						verteilt in Ph + Bio
Informatik	1	1	1	1	1	1	1 als AG	6
Physik			2	2	2	2	2	10
Chemie				1	2	2	2	7
Biologie	2	2	1	2		1	2	10
Musisch-künstlerische Fächer								
Bildende Kunst	2	2	2		2	1	1	10
Musik	2	2	2	2		1	1	10
Sport	3	4	2	2	2	2	2	17
Summe aller Fächer	**29**	**29**	**31**	**31,5**	**31,5**	**34**	**34**	**220**
Poolstunden								
Medienbildung	0							geht in Informatik auf
Klassenstunde/ Klassenrat	1	1	1	0,5	0,5			4
Gesamtstundenzahl	**30**	**30**	**32**	**32**	**32**	**34**	**34**	**224**
							35	225

‘Künstliche Intelligenz’

Haben Sie gemerkt, dass die erste Hälfte des vorigen Absatzes von ChatGPT stammte? Nach neuen Umfragen arbeiten bereits achtzig Prozent der Oberstufenschüler mit KI-Programmen.

Dass damit GFS als rein schriftliche Leistungen überholt sind, liegt auf der Hand. Wir werden aber intensiv darüber nachdenken müssen, wie KI-Tools in den Unterricht eingebunden werden können und müssen, um die Schüler in ihrem kritischen Einsatz derselben zu unterstützen. Wenn Sie sich den von der KI geschriebenen Teil genau anschauen, merken Sie nämlich beim zweiten Lesen, wie oberflächlich (aber sehr gut klingend) er eigentlich ist.

Zu allen weiteren Dingen, wie unserer Klage zur Messung der Lehrerarbeitszeit mehr in der nächsten Ausgabe von Gymnasium Baden-Württemberg.

Mit den besten Grüßen

Ralf Scholl

Fotos: Yvonne Keppler

>> Protestkundgebung des AKA (Arbeitskreis Arbeitnehmer des Philologenverbandes Baden-Württemberg) am 11. November in Schwäbisch Gmünd ... im Rahmen der Einkommensrunde öffentlicher Dienst der Länder

Die Chancen der Einkommensrunde 2023 als Länder-Arbeitgeber TdL[1] nützen

Gegenüber Privatwirtschaft und dem übrigen öffentlichen Dienst konkurrenzfähig bleiben!

Ulrich Silberbach, dbb-Chef und Verhandlungsführer, warnt am 11. Oktober 2023 in Berlin: »Die Länder sind auf dem Arbeitsmarkt oft nicht mehr konkurrenzfähig – nicht zur Privatwirtschaft und auch nicht zu Bund und Kommunen.«[2] Die Tabellenentgelte der vergleichbaren Entgeltgruppen in TVöD (Tarifvertrag öffentlicher Dienst Bund Kommunen) und TV-L (Tarifvertrag öffentlicher Dienst Länder) klaffen deutlich auseinander. Das schildert der dbb-Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer: »Erklären Sie mal einer Krankenpflegerin im Uni-Klinikum, warum sie demnächst für die gleiche Arbeit bis zu 300 Euro weniger bekommt als die Kolleginnen und Kollegen im kommunalen Krankenhaus.«[3] Es gilt also, so Ulrich Silberbach, »den Gleichklang mit Bund und Kommunen wiederherzustellen.«[4] Des Weiteren muss die Inflation aufgefangen werden *(vgl. unten: Kai Rosenberger am 12. September 2023 in Leinfelden)*.

Die dbb-Bundestarifkommission beschloss infolgedessen nach intensiver Diskussion am 11. Oktober 2023 in Berlin:

Unsere Forderungen zur Einkommensrunde 2023 mit der TdL

- Die Tabellenentgelte der Beschäftigten sollen um 10,5 Prozent, mindestens aber um 500 Euro monatlich erhöht werden
- Die Entgelte der Auszubildenden, Studierenden und Praktikantinnen/Praktikanten sollen um 200 Euro monatlich erhöht werden
- Laufzeit 12 Monate
- Unbefristete Übernahme in Vollzeit der Auszubildenden und Dual Studierenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung

Wir erwarten von den Arbeitgebern

- Der dbb erwartet, dass die Beschäftigten der ambulanten und stationären Pflege im Vollzug (Justiz- und Maßregelvollzug) sowie den Landeskrankenhäusern die dynamische Zulage für Pflegekräfte erhalten.
- In den Stadtstaaten erledigen die Beschäftigten sowohl Landesaufgaben als auch kommunale Aufgaben. Die Städte stehen bei der Gewinnung von Beschäftigten in Konkurrenz zum Umland. Der dbb erwartet daher eine monatliche Stadtstaatenzulage von 300 Euro.
- Die Auszubildenden, Studierenden und Praktikantinnen/Praktikanten in Berlin, Bremen und Hamburg erwarten die Zahlung einer monatlichen Stadtstaatenzulage von 150 Euro.
- Der dbb konnte in der Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienst 2022 für die Beschäftigten in den Kommunen eine ganze Reihe von Verbesserungen erreichen. Wir erwarten, dass die Verbesserungen aus diesem Abschluss mit den Kommunen auch auf die Beschäftigten der Länder übertragen werden.
- Wir erwarten die Tarifierung der Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten (studentischen Hilfskräfte).
- Wir erwarten die Tarifierung der bislang außertariflich gezahlten Zulage für Beschäftigte im Gesundheitsdienst in den Zentren für Psychiatrie Baden-Württemberg.
- Der dbb erwartet zudem die umgehende Erfüllung der Verhandlungszusage aus der Tarifeinigung von 2019 zu Abschnitt 3.7 Teil III der Entgeltordnung der Länder

>> Ursula Kampf ist DPhV-Mitglied in der dbb-Bundestarifkommission, Fachbereich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – Tarif PhV BW

Foto: Friedelm Windmüller

für die Beschäftigten im Straßenbetriebsdienst und Straßenbau.

→ Der dbb erwartet die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamtinnen/Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger der Länder und Kommunen.[5]

Der Sitzung der dbb-Bundestarifkommission am 11. Oktober 2023 waren zahlreiche Regionalkonferenzen vorausgegangen, so auch die für Baden-Württemberg in Leinfelden am 12. September 2023. Dort brachten Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter der verschiedenen Fachgewerkschaften Themen und Forderungen für die Agenda von dbb beamtenbund und tarifunion, auch in Hinblick auf die bevorstehende Einkommensrunde 2023, ein. Der BBW-Vorsitzende Kai Rosenberger benannte als zentrale Ziele, »die Reallohnverluste der vergangenen zwei Jahre zu kompensieren und faire Bedingungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sicherzustellen.«[6] Ursula Dingler, zweite Tarifbeauftragte des Philologenverbandes Baden-Württemberg, führte in diesem Zusammenhang die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Fall einer längeren Erkrankung an und forderte eine länger andauernde Entgeltfortzahlung als derzeit im TV-L vereinbart.

Nun ist es wichtig, aktionsbereit zu sein: Alle Kolleginnen und Kollegen müssen gegenüber dem Land Baden-Württemberg zeigen, dass sie hinter den Beschlüssen der dbb-Bundestarifkommission stehen. **Achten Sie auf die weiteren Informationen des Philologenverbandes Baden-Württemberg!**

Ursula Kampf

1 Verhandlungspartner auf Arbeitgeberseite: Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL): alle Bundesländer außer Hessen
2 dbb newsletter Nr. 97 – 2023, S. 1, herausgegeben von dbb beamtenbund und tarifunion
3 ebd.
4 ebd.
5 dbb aktuell: Einkommensrunde TV-L 2023/Nr. 7 Oktober 2023, Seite 2, herausgegeben von dbb beamtenbund und tarifunion
6 dbb aktuell: Einkommensrunde TV-L 2023/Nr. 3 September 2023, Seite 1, herausgegeben von dbb beamtenbund und tarifunion

Regionalkonferenz Baden-Württemberg in Leinfelden am 12. September 2023 im Rahmen der Einkommensrunde Länder

Fotos: Friedhelm Windmüller

↑ *Bild oben*

>> *2. Reihe von links:* Helmut Hauser (Referat Senioren PhV BW) und Martina Scherer (stellvertretende Vorsitzende PhV BW)

Bild rechts →

>> Ursula Dingler (2. Tarifbeauftragte des PhV BW)

Treffen des AK Senioren

>> **Der Arbeitskreis Senioren** traf sich am 4. September in der Landesgeschäftsstelle. Auf dem Bild *(von links nach rechts)* sind Gerhard Scheu, Claudia Schnitzer, Heinz-Dieter Turbon, Sieglinde Selinka, Guntram Dierolf, Helmut Hauser und Walter Patschke

Kinder schützen mithilfe von Digitalisierung: Wie kann das gelingen?

Unter diesem Titel luden die Grünen-Landtagsabgeordneten Thomas Hentschel und Thomas Poreski für den 4. Oktober 2023 zu einem Fachgespräch ein. Dabei ging es im engeren Sinne darum, wie kindliche Opfer sexualisierter Gewalt bei Gerichtsverfahren vor Retraumatisierungen geschützt werden können, aber auch allgemein um Gefahren, die von digitalen 'sozialen' Medien für Kinder und Jugendliche ausgehen.

Die beiden Grünen-Abgeordneten diskutierten mit drei Experten und zahlreichen Teilnehmern im Stuttgarter Haus der Abgeordneten und per Videokonferenz, denn es war eine 'hybride' Veranstaltung.

Videoverfahren in Gerichtsverfahren als Opferschutzmaßnahme

Jennifer Marberg, Staatsanwältin in Karlsruhe, stellte dar, wie die Vernehmung von kindlichen Opfern sexualisierter Gewalt gemäß § 58a StPO durch ein Videoverfahren so gestaltet werden kann, dass Kinder nicht durch Konfrontation mit anderen Prozessbeteiligten erneut traumatisiert werden. Denn Zeugen müssten vor Gericht aussagen, damit das Gericht die Glaubwürdigkeit des Zeugen beurteilen könne. Diese Aussage könne für Kinder belastend sein und sie verängstigen. Auch für Eltern sei die Situation oft so schwierig, dass die Aussicht auf einen Prozess Eltern sogar von einer Anzeige abhalten kann.

Deshalb könne die Vernehmung in einem Nebenraum per Video vorgenommen und dann im Prozess live eingespielt werden. Verteidigung, Staatsanwaltschaft, ggf. Beschuldigte(r) seien dann in einem anderen Zimmer. Die übrigen Beteiligten könnten über den Richter auch Fragen an das Kind stellen. So werde das Verfahren für Kinder so wenig belastend wie möglich gestaltet.

»Wenn das Smartphone zur Waffe wird«: Fallbeispiele und Präventionsprogramme

Unter diesem Titel informierte die Medienexpertin **Saskia Nakari** vom Stadtmedienzentrum Stuttgart über die Gefahren, die vom Smartphone ausgehen. Sie nannte erschütternde Fallbeispiele: Ein minderjähriges Liebespärchen tauscht intime Fotos aus, einer der beiden gibt sie im Klassenchat weiter, das Mädchen muss in der Folge traumatisiert die Schule wechseln; Schüler verunglimpfen Lehrer mit sexualisierten Memes auf TikTok; extreme Kleinkinderpornografie wird in der Grundschule geteilt; ein Schüler fällt in der Pause in Ohnmacht, als er ein Gewaltvideo gezeigt bekommt, das die Kastration eines Mannes zeigt; ein achtjähriges Kind nimmt an einer Würge-

>> Saskia Nakari

>> Prof. Dr. Jörg Fegert

Challenge teil und erwürgt sich mit einem Fahrradschloss selbst.

Das bayerische Justiz- und das Kultusministerium haben deshalb das Präventionsprogramm 'Mach dein Handy nicht zur Waffe' mit dem bekannten Influencer Falco Punch gestartet: www.machdeinhandynichtzurwaffe.de. Es gibt außerdem einen neuen Podcast des Stadtmedienzentrums Stuttgart, in dem wahre Fälle besprochen werden: 'School Crime': https://kurzelinks.de/la5e. Laut Saskia Nakari passiert sehr viel an den Schulen, die Beratungsstellen kämen kaum hinterher. Kinderschutz könne deshalb nur interdisziplinär funktionieren, im Verbund von technischen Maßnahmen, Gesetzgebung, Aufklärung, Bildung, Beratung und Betreuung.

Enormer Handlungsbedarf

Riesigen Handlungsbedarf mahnte **Prof. Dr. Jörg Fegert** von der Kinder- und Jugendpsychiatrie des Universitätsklinikums Ulm an, der sich mit dem Thema 'Kinder und Jugendliche als Opfer sexualisierter Gewalt in digitalen Medien' befasste: Die Zahlen von Missbrauchsabbildungen explodierten, es gebe immer mehr jugendliche und kindliche Opfer unter zehn Jahren, die allermeisten weiblich. Dennoch gebe es eine Forschungslücke zum Thema: Es werde viel zu wenig geforscht. Zudem drohe die Gefahr der Reviktimisierung nach einer Inobhutnahme von kindlichen Opfern sexualisierter Gewalt: Kinder müssten im weiteren Leben unterstützt werden, es bleibt eine Hochrisikogruppe, um die man sich systematisch kümmern müsste.

Cord Santelmann
Referent für IT-Medien im PhV-Landesvorstand

Mach Dein Handy nicht zur Waffe

School Crime

Foto: Corri Seizinger/AdobeStock

Gymnasiale Bildung in Zeiten des Lehrkräftemangels

Beim 62. Internationalen Bodenseetreffen kamen am 23. und 24. September Lehrerverbände Höherer Schulen aus Bayern, Baden-Württemberg, Österreich, der Schweiz und Liechtenstein in Kempten zusammen, um über die gymnasiale Bildung in Zeiten des Lehrermangels zu diskutieren. Wissenschaftliche Fachvorträge von Prof. Dr. Jochen Krautz und Prof. Dr. Klaus Zierer begleiteten das zweitägige Treffen.

Der Lehrermangel ist kein spezifisch bayerisches, süddeutsches oder gar gesamtdeutsches Problem. Auch Österreich, die Schweiz und Liechtenstein haben mit einer Mangelsituation beim Lehrpersonal an den Höheren Schulen zu kämpfen. Darüber waren sich die Teilnehmer des Bodenseetreffens, der Bayerische Philologenverband (bpv), der Philologenverband Baden-Württembergs (PhV BW), die Österreichische Professoren Union (ÖPU), der Verein Schweizerischer Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer (VSG) und der Gymnasiallehrerinnen- und -lehrerverein Liechtensteinisches Gymnasium (GLVLG), einig: Auf dem ‘Altar’ des Lehrermangels dürfe nicht alles geopfert werden – schon gar nicht die Qualität der Lehrpersonen und der Bildung!

Über Kunst zum Kern der Pädagogik

Das betonten auch die beiden Fachvorträge beim internationalen Treffen in Kempten. Den Anfang machte **Prof. Dr. Jochen Krautz**, Kunstpädagoge von der Bergischen Universität Wuppertal, mit einem Vortrag zu seinem gleichnamigen Buch ‘Bilder von Bildung’. Darin verfolgt er einen originellen Ansatz: Über die Kunst argumentiert Krautz bildhaft, worum es in der Pädagogik wirklich geht. In seinem Vortrag führte er die derzeitige Lage der Lehrerbildung vor Augen: Sie sei geprägt von empirischer Bildungsforschung und orientiere sich an politischen Vorgaben. Dadurch gehe das pädagogisch-systematische und kritische Denken verloren. Die Folge sei der Verlust des Sinns von Schule, Lehrersein und Lehrerwerden. 25 Jahre technokratischer Bildungsreform hätten unter anderem zu Entfachlichung, Entdemokratisierung, Methodenfixierung, Eltern als ‘Stake-Holder’ und Verrechtlichung der Verhältnisse geführt.

Unter anderem erklärte der Kunstpädagoge anhand von Norbert Schwontkowskis Gemälde ‘Der Lehrer’ (2010), was es bedeutet, Lehrer zu sein. Es sei eine »fragile Aufgabe zwischen Halten, Sichern und Freigeben«. Kern erfolgreicher Pädagogik seien dabei fachliche Herausforderungen, klare Ansagen, passgenaue Hilfen, unerschütterliches Zutrauen und ein großes Herz für junge Menschen. An einem Foto von Ton-

>> Prof. Dr. Jochen Krautz *(l.)* und Prof. Dr. Klaus Zierer hielten im September beim 62. internationalen Bodenseetreffen Fachvorträge zur Zukunft der Bildung

BUCHTIPP

Jochen Krautz: **Bilder von Bildung – Für eine Renaissance der Schule**
CLAUDIUS, MÜNCHEN 2022 | Hardcover | durchgehend 4-farbig bebildert | 1. Auflage Juni 2022 | 152 Seiten | ISBN: 978-3532628 744 | 25,00 Euro

arbeiten zweier Gruppen von Förderschülern erklärte Krautz darüber hinaus, wieso Evidenz als pädagogische Grundlage so wichtig ist, und bedauerte, dass dies in der Bildungswissenschaft heute zum Teil nicht mehr so klar sei. Schon seit ihren frühesten Tagen würde die Menschheit ihr Wissen und Können durch Zeigen und Vormachen weitergeben – das sei im Wortsinn evident. Dass heutzutage 'Evidenzbasierung' insofern gedeutet werde, als dass man alle Wirkungen pädagogischer Maßnahmen exakt nachweisen können müsse, lösche im Gegenteil pädagogisches Wissen sogar aus. Bildungsforscher, die so arbeiten und selbst noch nie vor einer Klasse gestanden haben, würden aber seit langem schon Bildungspolitik und Lehrerbildung bestimmen.

»Wir befinden uns mitten in einer Bildungskatastrophe.« So lautete wiederum der Befund von **Prof. Dr. Klaus Zierer,** Ordinarius für Schulpädagogik an der Universität Augsburg, der am zweiten Tag des Bodenseetreffens einen Vortrag hielt zu 'Lehrer kann jeder?! Empirische Analysen zum Lehrerberuf und Reformideen zur Lehrerbildung'. Es gehe nicht nur um den Lehrermangel, sondern um eine komplexe Problemlage. Dabei funktioniere eine einfache Symptombehandlung heute nicht mehr. Zierer forderte eine ehrliche Analyse und Diagnose des Bildungssystems. Er machte außerdem deutlich, wie eng Bildung und Demokratie zusammenhängen. Aktuell würden viele Jüngere das Vertrauen in das politische System verlieren. Dabei brauche unsere Demokratie Demokraten und dazu werde man nicht durch Geburt. Die Kompetenz, demokratisch zu denken und zu handeln, müsse erlernt werden. Sein Fazit: In den vergangenen Jahren sei viel Aktionismus zu beobachten. Er wünsche sich eine evidenzbasierte Bildungspolitik, die sich stärker an Studienergebnissen und weniger am Parteibuch orientiert. Hierfür stellte Zierer kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Diskussion.

Kurzfristige Maßnahmen: Weniger Zwang, mehr Anreize

Den Vorschlägen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK), mit größeren Klassen und Mehrarbeit für Pädagogen und Schulfusionen dem Lehrermangel zu begegnen, erteilte Zierer eine klare Absage. Mehr Druck auf die derzeit ohnehin hochbelasteten Lehrkräfte auszuüben, könnte am Ende sogar dazu führen, dass Kolleginnen und Kollegen aus dem System aussteigen und sich so der Mangel noch verschärfe. Zierer plädierte dagegen für mehr Anreize. Befristet für zwei bis drei Jahre solle man Teilzeit-Lehrkräften finanziell sehr gute Angebote machen. Man müsse das Personal wertschätzen.

Gleichzeitig plädierte Zierer für eine differenzierte Bezahlung der Lehrämter, die sich an den vergebenen Abschlüssen orientieren sollte und dadurch die damit verbundene Verantwortung für die Gesellschaft sichtbar mache. Höhere Einstiegsgehälter brächten nicht automatisch mehr junge Lehrkräfte. Anhand zahlreicher Daten aus der Hattie-Studie belegte Zierer außerdem, dass die Digitalisierung im Unterricht unabhängig von Alter der Lernenden, unabhängig vom Fach und unabhängig vom Alter der eingesetzten Technik nur geringe Wirkung auf die Lernleistung der Schüler hat. Der Pädagoge kritisierte den 'Digitalisierungswahn' an den Schulen und plädierte dafür, die Möglichkeiten der Digitalisierung sinnvoll einzusetzen, aber vor allem auch die Gefahren zu meiden.

Um dem Lehrermangel mittelfristig zu begegnen, schlägt Zierer vor, berufsbegleitende Masterstudiengänge für Quereinsteiger anzubieten. Langfristig sollte aus seiner Sicht die Lehrerbildung generalüberholt werden. Er entwickelte ein neues Modell der Lehrerbildung, das Studium und Referendariat verzahnt und in fünf Jahren zum Abschluss führen soll. Dabei denke er nicht in Semestern, sondern in Schuljahren. Der Entwurf sei so durchdacht, dass alle derzeit in der LPO formulierten Ziele der Lehrerbildung erreicht werden könnten und durch den Einsatz an der Schule ab dem zweiten Schuljahr auch über eine Verbeamtung bereits im Studium nachgedacht werden könnte.

Tilo Hemmert/red
Referent für Digitalisierung und Statistik im bpv

Tipp für die Beihilfe

Beihilfe-Anträge beim LBV werden schneller bearbeitet, wenn man 'einfache' Arztrechnungen und Rezepte separat, also nicht zusammen mit Verordnungen, die etwas mit Reha-Maßnahmen (wie zum Beispiel Krankengymnastik) zu tun haben, einreicht. Die erstgenannten Rechnungen werden automatisiert bearbeitet, während Rechnungen zu Reha-Bereichen immer eine manuelle Sachbearbeitung am lbv benötigen und daher leider länger dauern.

Beachten Sie die Hinweise auf dem Portal.

https://lbv.landbw.de/-/bearbeitungszeiten-beihilfe-hinweise

Martina Scherer

Lehrer kann jeder?!

Empirische Analyse zum Lehrerberuf und Reformideen zur Lehrerbildung von Prof. Dr. Klaus Zierer auf dem internationalen Bodenseetreffen der Lehrerverbände deutschsprachiger Nachbarn in Kempten.

Ausgangssituation: Nicht nur Lehrermangel

»Wir befinden uns mitten in einer Bildungskatastrophe.« So lautete der Befund von **Prof. Dr. Klaus Zierer** bei seinem Vortrag beim 62. Internationalen Bodenseetreffen. Es gehe nicht nur um den Lehrermangel, sondern um eine komplexe Problemlage. Dabei funktioniere eine einfache Symptombehandlung heute nicht mehr. Während sich so viel Geld wie nie im Bildungssystem befinde und die Klassen kleiner denn je seien, ist gleichzeitig seit zehn Jahren ein Rückgang der Schülerleistungen in internationalen Vergleichstests zu konstatieren. Zierer forderte daher eine ehrliche Analyse und Diagnose des Bildungssystems. Bedenklich stimme ihn als Schulpädagogen, dass 100 Prozent der Kinder bei der Einschulung Freude am Lernen hätten, jedoch in der 9. Jahrgangsstufe nur noch ein Drittel der Schüler motiviert in die Schule gingen und nur noch wenig Zufriedenheit mit der Schule herrsche: »Wie schaffen wir es, dass Schule der wichtigste Ort für Bildung bleibt?«

Zierer machte deutlich, wie eng Bildung und Demokratie zusammenhängen. Aktuell würden viele Jüngere das Vertrauen in unser politisches System verlieren. Dabei brauche unsere Demokratie Demokraten und dazu werde man nicht durch Geburt. Die Kompetenz, demokratisch zu denken und zu handeln, müsse erlernt werden. »Wir müssen uns um Demokratiebildung kümmern,« so Zierer. Sein Fazit: In den vergangenen Jahren ist viel Aktionismus zu beobachten. Er wünsche sich eine evidenzbasierte Bildungspolitik, die sich stärker an Studienergebnissen und weniger am Parteibuch orientiert. Hierfür stellte Zierer kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Diskussion.

Kurzfristige Maßnahmen: Weniger Zwang, mehr Anreize

Den Vorschlägen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) mit größeren Klassen, Mehrarbeit für Pädagogen und Schulfusionen dem Lehrermangel zu begegnen, erteilte Zierer eine klare Absage. Mehr Druck auf die derzeit ohnehin hochbelasteten Lehrkräfte auszuüben, könnte am Ende sogar dazu führen, dass Kolleginnen und Kollegen aus dem System aussteigen und sich so der Mangel noch verschärfe. Zierer plädierte dagegen für mehr Anreize. Befristet für zwei bis drei Jahre solle man Teilzeit-Lehrkräften finanziell sehr gute Angebote machen, schließlich seien Zweidrittel der Teilzeit-Lehrer bereit, unter bestimmten Bedingungen mehr zu arbeiten. Man müsse das Personal wertschätzen.

Gleichzeitig plädierte Zierer für eine differenzierte Bezahlung der Lehrämter, die sich an den vergebenen Abschlüssen orientieren sollte und so die damit verbundene Verantwortung für die Gesellschaft sichtbar mache. »Mehr Geld macht noch keine besseren Lehrer.« Höhere Einstiegsgehälter brächten auch nicht automatisch mehr junge Lehrkräfte.

Mittelfristige Maßnahmen: Weniger Digitalisierung, mehr Quereinsteiger

Anhand zahlreicher Daten aus der Hattie-Studie belegte Zierer, dass die Digitalisierung im Unterricht unabhängig vom Alter der Lernenden, unabhängig vom Fach und unabhängig vom Alter der eingesetzten Technik meist nur geringe Wirkung auf die Lernleistung der Schüler hat. Mit die geringsten Effekte seien in den Naturwissenschaften und der Mathematik zu verzeichnen. Spätestens die pandemiebedingten Schulschließungen hätten gezeigt, dass Digitaler Unterricht kein geeignetes Mittel gegen Lehrermangel sei. Der Pädagoge kritisierte ‘Digitialisierungswahn’ an den Schulen. Mit Blick auf die tägliche Mediennutzung der Kinder und Jugendlichen von sechs bis sieben Stunden in der Freizeit, stellte Zierer die Frage, ob nicht bewusst ein Kontrapunkt dazu in der Schule gesetzt werden sollte im Sinne eines Rechts auf ein analoges Leben. Schließlich habe Schule schon immer die Aufgabe der Erweiterung des Gedankenkreises. Zierer plädierte dafür, die Möglichkeiten der Digitalisierung sinnvoll einzusetzen, aber vor allem auch die Gefahren zu meiden.

Um dem Lehrermangel mittelfristig zu begegnen, schlägt Zierer vor, berufsbegleitende Masterstudiengänge für Quereinsteiger anzubieten.

Langfristige Maßnahmen: Weniger Lehrerausbildung mehr Lehrerbildung

Langfristig sollte aus Sicht Zierers die Lehrerbildung generalüberholt werden. Das Einzelkämpfertum müsse durch Teamarbeit und Vernetzung abgelöst werden. Im Mittelpunkt der Lehrerbildung müsse die Bildung von Haltungen und Einstellungen stehen, nicht reine Lehrtechniken. Es gehe um Bildung der jungen Lehrkräfte nicht um Ausbildung. Zierer entwickelte ein neues Modell der Lehrerbildung, das Studium und Referendariat verzahnt und in fünf Jahren zum Abschluss führen soll. Dabei denke er nicht in Semestern, sondern in Schuljahren. Der Entwurf sei so durchdacht, dass alle derzeit in der LPO formulierten Ziele der Lehrerbildung erreicht werden könnten und durch den Einsatz der Studenten an der Schule ab dem 2. Schuljahr auch über eine Verbeamtung bereits im Studium nachgedacht werden könnte.

Abschließend stellte Zierer mehrere Thesen aus dem von ihm im Jahr 2022 als zeitgemäße Interpretation formulierten ‘Sokratischen Eid’ für Lehrkräfte vor, der auf Arbeiten von Hartmut von Hentig aufbaut. Darin verpflichtet sich der Lehrer gegenüber Kindern, Eltern, Kolleginnen und Kollegen und der Gesellschaft.

Tilo Hemmert
Referent für Digitalisierung und Statistik im Bayerischen Philologenverband (bpv)

Mit ‘Klasse’ (?) unterwegs – Theorie und Praxis – eine Realsatire im LÄND

Foto: mitifoto/AdobeStock

In jeder Schule und jeder Klasse macht man dieselbe Erfahrung als Lehrkraft: Je näher das Schuljahresende und die Sommerferien in Baden-Württemberg rücken, desto größer sind der Wille, der Wunsch und die Lust, mit der Klasse einen Ausflug oder eine Exkursion zu machen – außerschulische Lernorte und Erfahrungen mit Gruppenerlebnissen sind von hohem pädagogischem Wert.

Aus Rücksicht auf die oftmals schwierige finanzielle Situation in den Familien und aufgrund der politisch gewünschten Umweltverträglichkeit dieser Unternehmungen planen sehr viele Lehrkräfte die Ziele so, dass sie mit dem ÖPNV zu erreichen sind. Viele Schüler haben sowieso schon ein Nahverkehrsticket für die Fahrt zur Schule, und beispielhaftes Verhalten bei Mobilität ist geboten. So weit – so gut – so sinnvoll – und politisch korrekt!

Fahren wir fort – zuerst in die Praxis (aktuelle, reale Beispiele!)

Fall 1:
Die verantwortlichen Lehrkräfte versuchen, beim Landratsamt sehr rechtzeitig vorher ihre Busfahrten mit dem ÖPNV mit Klassen im Rahmen des Wandertages anzumelden. Die Auskunft: Es gibt keinerlei Garantie auf Transport der Gruppe, auch nicht nach Anmeldung! **Das Landratsamt möchte, dass die Schulen eigene Busse (privater Unternehmen!) für die Ausflüge mieten statt den ÖNPV zu verwenden.** Das würde bedeuten: Die Kinder haben als Fahrschüler jeden Monat ihr Ticket bezahlt. Sie besitzen ein Baden-Württemberg-Ticket – und sollen jetzt beim Ausflug noch einmal bezahlen? Was bedeutet das für Familien mit mehreren Kindern, besonders in prekären Verhältnissen?

Fall 2:
Eine Kollegin berichtet: »Ich stehe gerade in Pforzheim am Bahnhof auf dem Gleis mit gefühlt drei bis fünf Schulen, die alle heute auf Ausflug gehen … Die Lehrkräfte haben das alle frühzeitig angemeldet. Der planmäßig eigentlich jetzt fahrende IRE fällt aus … Und der nächste wird nur **einen** Wagen haben … Die anderen Fahrgäste schimpfen auf die Lehrkräfte, die mit so vielen Kindern kommen und, nach allgemein verbreiteter Auffassung, vermutlich zu dumm waren, ihre Klassen angemeldet zu haben …«

Noch Fragen??? Was lernen die Kinder und Jugendlichen daraus? ÖPNV ist klasse? Baden-Württemberg-Ticket ist super?

Der ÖPNV bedankt sich für die Anmeldung, aber es ist den Verantwortlichen offensichtlich egal, ob die Klassen befördert werden oder eben nicht! Da könnte die Politik mal versuchen, Abhilfe zu schaffen!!!! Denn: Wenn irgendwo eine große Industriemesse stattfindet, ein Bundesliga-Spiel läuft, eine Großveranstaltung wie zum Beispiel in der SAP-Arena durchgeführt wird, dann werden zusätzliche Sonderbusse bereitgestellt, dann wird der Takt der S-Bahnen erhöht, dann geht das!

Aber für Schüler und Lehrkräfte wird nichts getan, sie werden bestenfalls wie im Viehtransporter zusammengequetscht oder bleiben gleich am Gleis stehen – Wertschätzung gleich Null!!

In der Theorie klingt das so

Kommentar eines grünen Politikers im Landtag auf eine diesbezügliche Anfrage: *»Ich teile Ihre Unzufriedenheit mit den pauschalen Antworten der Landratsämter, laut denen private Busunternehmen die beste Lösung seien. Zusätzliche Beförderungskosten fallen dann insbesondere auf einkommensschwache Familien zurück. Andererseits ist bekannt, dass Gruppenreisen im Nahverkehr ab bestimmten Gruppengrößen angemeldet werden müssen und dass aus dergleichen Anmeldungen kein Beförderungsanspruch entsteht.«*

Aus der Webseite von Bahn.de: *»[Es gibt eine] Anmeldepflicht für Reisegruppen ab 37 Personen im Nahverkehr [...].«*

Aus der Webseite vom VVS: *»Sollten Sie innerhalb des VVS einen Ausflug mit einer größeren Gruppe (Bahn ab 37 Personen, Bus ab 10 Personen) planen, bitten wir Sie darum, dies bei dem jeweiligen Busunternehmen Verkehrsunternehmen [...] mit einer Frist von mindestens 7 Tagen vor dem Reisetag, anzumelden. Bitte beachten Sie, dass im Rahmen der üblich verkehrenden Verkehrsmittel nicht in jedem Fall eine Mitnahme aller Gruppenmitglieder zu einer bestimmten Zeit gewährleistet werden kann [...].«*

Es ist nicht ersichtlich, wie dies geändert werden könnte. Die allermeisten kommunalen Busbetriebe haben unzureichende Kapazitäten, um punktuell zusätzliche Fahrzeuge einzusetzen. Wo immer es doch möglich ist, sollte diese Möglichkeit natürlich angeregt werden. Vermutlich bleibt als bester Weg also nur die frühzeitige Anmeldung und – wenn möglich – Absprache mit dem jeweiligen ÖPNV-Betreiber sowie die damit verbundene Hoffnung auf dessen Engagement.

Aus der Webseite der Grünen BW (https://www.gruene-bw.de/wegbereiter-oepnv-offensive/): *»Zur Arbeit, in die Schule, zum Einkaufen, um Freundinnen und Freunde zu besuchen oder einen Ausflug zu genießen: Mobil zu sein ist eine wichtige Voraussetzung, um das eigene Leben zu gestalten. […] Ein guter ÖPNV muss auch günstig und unkompliziert sein. Deshalb haben wir den BW-Tarif eingeführt, der Sie mit einem Ticket durch alle 22 Verkehrsverbünde in Baden-Württemberg bringt. Das ist ein großer Fortschritt.«*

Aus der Webseite der Bahn (https://www.klasseunterwegs.de/mobilitaetsbildung/tourplanung): *»[…] Im ÖPNV gibt es generell keine Notwendigkeit, Gruppenreisen anzumelden. […]«*

Und unter https://www.klasseunterwegs.de/mobilitaetsbildung heißt es: *»Kinder müssen lernen, sich im Straßenverkehr sicher zu bewegen. […] Darüber hinaus steht in den Schulen heute eine umfassende Mobilitätsbildung auf dem Lehrplan. Welche Möglichkeiten der Mobilität gibt es überhaupt. Was sind die Vor- und Nachteile. Wie funktioniert der öffentliche Verkehr. Wie kann man Verkehrsmittel optimal kombinieren. Bei 'Klasse unterwegs' ist dieser Aspekt der Mobilitätsbildung immer mit dabei.* ***Wer öffentliche Verkehrsmittel für den Ausflug, die Exkursion und den Projekttag am außerschulischen Lernort nutzt, lernt dabei ganz praktisch, wie dieses Mobilitätsangebot funktioniert.*** *Zur Vertiefung gibt es gute Unterrichtsmaterialien.«*

Was lernen wir und unsere Schüler daraus? Die Praxis entlarvt die Theorie als politisches Geschwätz.

Karin Fetzner

>> *(v.l.n.r.):* **Nadyne Saint-Cast, Berat Gürbüz, Daniel Born, Anja Plesch-Krubner, Andreas Sturm, Karin Fetzner und Timm Kern**

Podiumsdiskussion bei 'G9 jetzt!'

Bei einer Podiumsdiskussion in Heidelberg hat die Initiative 'G9 jetzt!' für ihre Ziele und mehr Freizeit für Kinder geworben – und natürlich versucht, weitere Unterschriften zu sammeln.

Abgeordnete und Vertreter aus Politik und Bildung diskutierten, wie sinnvoll G8 und G9 seien, welche Vor- und Nachteile sich ergeben. Hintergrund ist der Volksantrag zur flächendeckenden Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums in Baden-Württemberg. Eine Elterninitiative, hier vertreten durch **Anja Plesch-Krubner**, sammelt unermüdlich Unterschriften für diesen Volksantrag.

Auf dem Podium in Heidelberg saßen Landtagsabgeordnete von CDU (**Andreas Sturm**), Grünen (**Nadyne Saint-Cast**), SPD (**Daniel Born**) und FDP (**Timm Kern**) sowie **Karin Fetzner** als Vertretung des Philologenverbands und **Berat Gürbüz** als Vertreter des Landesschülerbeirats.

Die Hauptargumente der Eltern-Initiative 'G9 jetzt!': G8 nehme den Schülerinnen und Schülern praktisch alle Freizeit und setze sie dauerhaftem Druck aus, sie hätten keine Freiräume mehr für persönliche Interessen und soziales Engagement. Karin Fetzner berichtete, dass eine repräsentative Forsa-Umfrage, die 2022 vom Philologenverband Baden-Württemberg beauftragt wurde, ergeben habe, dass gut neunzig Prozent der befragten Eltern in Baden-Württemberg wieder G9 wollen – unabhängig von der Schulart, die ihre Kinder aktuell besuchen. Die Befürworter des G9 wollen deshalb die Landesregierung dazu bringen, das Schulsystem wieder auf ein neunjähriges allgemeinbildendes Gymnasium als Regelfall umzustellen, mit der Option auf G8 für besonders begabte und leistungswillige Schüler. Von den Kritikern, also insbesondere den Grünen, hieß es bei der Diskussion in Heidelberg dagegen: Eine Wiedereinführung von G9 sei viel zu teuer und momentan sei die Verbesserung an den Grundschulen vorrangiger auf der Agenda. Die Befürworter waren klar in der Mehrheit.

Karin Fetzner

Thema aktuell

heute: FDP

Gesetzentwurf zur Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung abgelehnt!

von **Dr. Timm Kern, MdL**

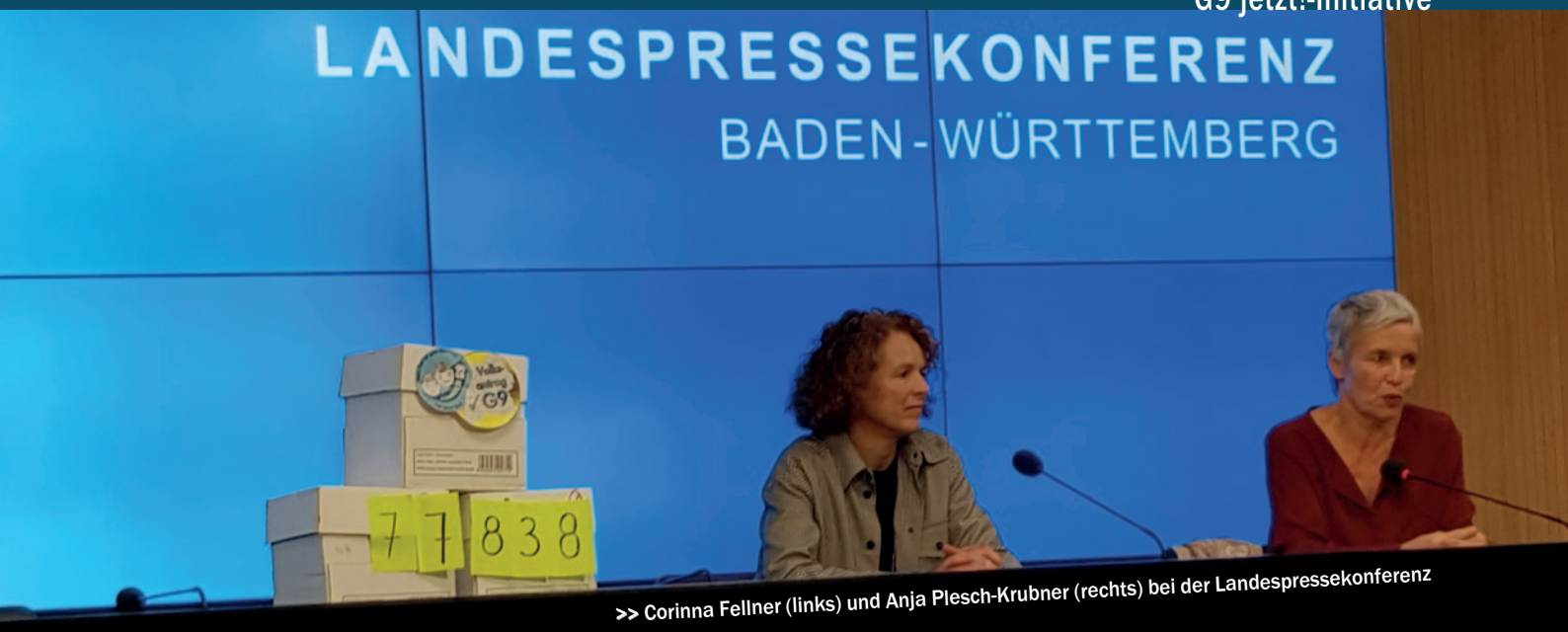
Gerne möchte ich Ihnen den derzeitigen Stand von gleich zwei aktuellen und sehr wichtigen Themen der baden-württembergischen Bildungspolitik aus Sicht der FDP vorstellen.

Das erste Thema ist die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung. Erst im Oktober wurde der FDP-Gesetzentwurf zur Wiederherstellung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung vonseiten der Grünen und der CDU, aber auch von der oppositionellen SPD, abgelehnt. Das Erschreckende: Auch dieses Mal wurden die Stimmen der Lehrkräfte der weiterführenden Schulen – insbesondere von Grünen und SPD – nicht ernsthaft berücksichtigt. Denn sowohl der Philologenverband Baden-Württemberg als auch der Realschullehrerverband Baden-Württemberg hatten sich im Rahmen ihrer Stellungnahmen ganz klar für den Gesetzentwurf der FDP ausgesprochen. Leidtragende des abgelehnten Gesetzentwurfs sind die Kinder, deren Bildungsbiografien durch eine falsche Wahl der weiterführenden Schule zu oft erheblich beeinträchtigt werden. Auch die Lehrkräfte leiden mitunter sehr stark. Denn sie müssen zuschauen, wie sie diesen Kindern, deren Eltern sich der Grundschulempfehlung widersetzt haben und die sich nun an der für sie falschen Schulart befinden, kaum wirksam helfen können. Leider wurden alle diese Argumente aus der Welt der Wissenschaft und seitens der Praktikerinnen und Praktiker in Baden-Württemberg von den anderen demokratischen Fraktionen nicht angenommen. Die Grünen sowie die Sozialdemokraten weigern sich vehement, diese Fakten zu sehen – und die Christdemokraten wissen zwar, dass der Gesetzentwurf von uns Liberalen richtig und wichtig ist, sind jedoch durch den Koalitionsvertrag zumindest in dieser Legislaturperiode zum Schweigen und Nichtstun verdonnert. Am Ende waren also Ideologie und Koalitionsgehorsam ausschlaggebend dafür, dass diese wichtige Korrektur einer einst falschen Entscheidung im Landtag erneut nicht vorgenommen wurde. Wir Freie Demokraten aber werden auch zukünftig mit ganzer Kraft dafür weiterkämpfen, dass die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung wiederhergestellt wird, sodass wir zu unserem ehemals funktionierenden – und in der Vergangenheit Spitzenplätze im Bundesländervergleich belegenden – leistungsdifferenzierten und vielfältigen Schulsystem zurückkehren können. Denn der Anspruch auf die richtige weiterführende Schulart, die die eigenen Begabungen bestmöglich fördert, ist keine Kann-Bestimmung, sie ist ein verfassungsmäßig verbrieftes Recht eines jeden Kindes in Baden-Württemberg (Art. 11 LV).

Daneben gibt es auch noch ein weiteres Thema, das nicht nur uns Freien Demokraten und Ihnen, sondern explizit auch der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wichtig ist: die Einführung des neunjährigen Gymnasiums in Baden-Württemberg – flächendeckend und in der Regelform. Hier hat die Initiative ‘G9-Jetzt! BW’ in den vergangenen Monaten Großartiges geleistet. Mit über 77 000 Unterschriften konnte sie das notwendige Quorum für ihren Volksantrag (39 000 Unterschriften) fast verdoppeln. Das (!) ist Bürgerbeteiligung, wie wir Liberale sie uns vorstellen. Das jedoch, was Ministerpräsident Kretschmann und seine Kultusministerin versuchen – nämlich mittels eines Bürgerforums von wenig Dutzend Menschen das Ruder bei G9 doch noch in Richtung G8 herumzureißen – ist aus Sicht der FDP keine echte Bürgerbeteiligung. Vielmehr ist es der letzte Versuch der grünen Landesregierung, G9 zu verhindern. Besonders ärgerlich: Wenn die Teilnehmenden des Bürgerforums sich gegen G9 und für G8 entscheiden, kommt das dem Ministerpräsidenten gerade recht. Würde jedoch für G9 gestimmt, kündigte Winfried Kretschmann bereits an, sich nicht unbedingt an die Empfehlungen des Bürgerforums halten zu wollen …

Die FDP-Landtagsfraktion unterstützt die Initiative ‘G9-Jetzt! BW’ ausdrücklich. Wir haben deshalb auch geschlossen die Unterschrift zum Volksantrag geleistet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
in der Bildungspolitik Baden-Württembergs ist vieles in Bewegung – und die Zeit ist wahrlich reif für eine echte Bildungsreform: eine Reform, die sich an wissenschaftlichen Ergebnissen und den Stimmen der Praktikerinnen und Praktiker aus den Schulen orientiert. Sie können sich sicher sein, dass ich auch weiterhin zusammen mit Ihnen für das Ziel einer erstklassigen Bildung in Baden-Württemberg weiterkämpfen werde.



>> Corinna Fellner (links) und Anja Plesch-Krubner (rechts) bei der Landespressekonferenz

‘G9 jetzt!’

Initiative übergibt fast 80 000 Unterschriften

Bereits vor Ablauf der Frist konnten die Initiatorinnen der ‘G9 jetzt!’-Initiative am 26. Oktober mehr als doppelt so viele Unterschriften als benötigt an den Landtag übergeben. **Anja Plesch-Krubner** und **Corinna Fellner**, die den Volksantrag zur Wiedereinführung von G9 im November 2022 auf den Weg gebracht hatten, übergaben Landtagspräsidentin **Muhterem Aras** symbolisch einen Karton mit Unterstützungsformularen. Begleitet wurden sie von einer großen Zahl von Unterstützenden, die seit knapp einem Jahr Unterschriften gesammelt und zum größten Teil auch zur Bestätigung an die jeweiligen kommunalen Ämter gebracht hatten, bevor die Formulare ihr Ziel, die Sammelstelle in Amtzell, erreicht hatten.

Bevor Anja Plesch-Krubner und Corinna Fellner auf der Pressekonferenz das Geheimnis lüfteten und die Zahl der bislang gesammelten Unterschriften bekanntgaben, ließen sie die Geschichte des Volksantrags noch einmal kurz Revue passieren. Sie hätten sich damals bewusst für das Instrumentarium des Volksantrags entschieden, da dieser sich direkt an das Parlament richte und über den zugrunde liegenden Gesetzentwurf im Landtag abgestimmt werden müsse. Inhaltlich fordert der Antrag G9 als Regelweg an allen allgemeinbildenden Gymnasien mit der Option G8 bedarfsgerecht anzubieten.

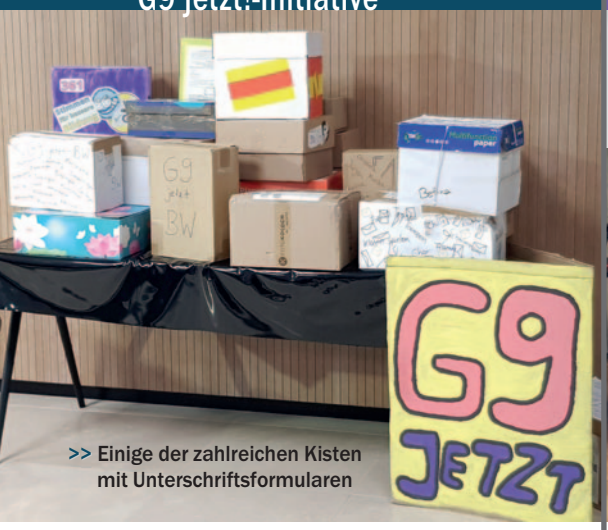
Anja Plesch-Krubner betonte, dass sich die Initiative ein hochwertiges und zeitgemäß reformiertes G9 wünsche, kein Zurück zu alten Hüten, kein Zurück zum alten G9. Wichtig für das neue G9-Konzept sei unter anderem eine ausreichende Stundenzahl für den Informatikunterricht und für die politische Bildung.

Corinna Fellner schilderte, mit welchen Schwierigkeiten die Initiative zu kämpfen hatte, da jede Unterschrift auf einem eigenen Papierformular geleistet werden musste, auf dem die jeweilige Gemeinde bescheinigen musste, dass die Person für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg wahlberechtigt ist. Gerade am Anfang wussten viele Ämter nicht, wie damit umzugehen ist. Teilweise herrschte der Irrglaube, dass die Unterschreibenden persönlich zur Bestätigung vorbeikommen müssten oder dass zumindest eine Kopie des Personalausweises vorgelegt werden müsse. Dies ist zum Glück natürlich nicht der Fall, sonst wäre es unmöglich einen Volksantrag erfolgreich durchzuführen.

>> Anja Plesch-Krubner *(links)* und Corinna Fellner *(rechts)* übergeben symbolisch Unterschriften an die Landtagspräsidentin Muhterem Aras *(mitte)*

Die Initiatorinnen betonten, dass die Initiative ausschließlich aus engagierten Bürgerinnen und Bürgern bestehe und bewusst keinen Verein oder Verband und auch keine Sponsorinnen und Sponsoren hinter sich habe.

Vor diesem Hintergrund habe man im Sommer noch Sorge gehabt, ob die notwendigen Unterschriften zusammenkämen. Aber spätestens im



>> Einige der zahlreichen Kisten mit Unterschriftsformularen

Herbst sei Schwung in die Bewegung gekommen: In fast allen Gemeinden informierten Unterstützer Woche für Woche mit Infoständen an markanten Plätzen oder bei Festen die Menschen und stießen größtenteils auf offene Ohren und die Menschen haben gerne unterschrieben. Auf diese Weise konnten so immer zahlreichere Unterschriften gesammelt werden.

Schließlich konnte Corinna Fellner bei der Landespressekonferenz die stolze Zahl von 77 838 bis zu diesem Zeitpunkt bestätigte Formulare vermelden, die nach der Pressekonferenz an die Landtagsverwaltung übergeben wurden.

Corinna Fellner informierte abschließend über das weitere Prozedere. Die Unterschriftensammlung werde unverändert weitergeführt, da trotz der Übergabe noch alle bis zum Ablauf der Frist am 13. November nachgereichten Formulare zählten*. Da das Quorum aber bereits mit den am 26. Oktober übergebenen Unterschriften überschritten sei, begännen die Fristen für Regierung und Landtag bereits ab diesem Datum. Die Regierung müsse innerhalb von vier Wochen ein Statement zur Zulässigkeit und zum Inhalt abgeben, gleichzeitig laufe eine Frist von drei Monaten, in der der Landtag über die Zulassung entscheiden müsse. Weitere drei Monate habe die Regierung und der Landtag Zeit, um über den Antrag zu debattieren, spätestens nach sechs Monaten müsse im Landtag über den Antrag abgestimmt werden.

Helmut Hauser

* Die endgültige Zahl der erreichten Unterschriften stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest

>> Die Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing und Georg Hoffmann, der Vorsitzende der Jungen Philologen im DPhV

Einblicke von der Bundessitzung in Kiel:

The JuPhi-Verbänd from »the Länd« zu Gast im »echten Norden«

Im September trafen sich die Jungen Philologen im DPhV aus ganz Deutschland zur Bundessitzung. Zwanzig Vertreterinnen und Vertreter der JuPhi tagten in Kiel zum Thema: ‘KI in der Lehrerausbildung und im Lehrerberuf.’ Baden-Württemberg wurde dabei vertreten durch Miriam Plachta und Maximilian Röhricht.

Eröffnet wurde die Sitzung mit einem ausführlichen Länderbericht aus Schleswig-Holstein von **Kirsten Schmöckel** vom PhV Schleswig-Holstein. Zentrale Punkte des Vortrags waren:

- Tagesaktueller Vorschlag des Bundeselternverbandes, einen Dresscode (»keine lottrige Kleidung«) für Schüler in der Schule einzuführen
- Bedingungen für Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (hohes Deputat [25,5], Lehrermangel, Kettenverträge und keine Planstellen trotz Lehrkräftemangel: »Löcher werden mit Löchern gestopft«, verhältnismäßig schlechte Bezahlung im Vergleich zu den anderen Bundesländern)

Die Bundesvorsitzende **Susanne Lin-Klitzing** ging in direkter Folge bei ihrem Vortrag darauf ein, dass die JuPhi die Zukunft des Verbandes seien und es deshalb umso wichtiger sei, dass immer wieder Impulse aus diesem Gremium an den Bundesvorstand kommen. Bei der Debatte um den KI-Einsatz in Schule und Studium war es ihr besonders wichtig, auf eine Kultur der Digitalität hinzuarbeiten, welche schon in der Lehrerausbildung verankert wird.

Dabei sei die Perspektive der Fachlichkeit und wissenschaftspropädeutischen Ausprägung des Unterrichts in der Schule, genauso wie die Perspektive der Arbeitsentlastung für Lehrer herauszustellen. KI muss beides bedienen können und darf diesen nicht zuwiderlaufen. Des Weiteren seien Fantasien des Dualen Studiums ungeeignet für das Lehramtsstudium – vielmehr müsse zum Staatsexamen, mit klarer Aufgabenverteilung Uni und Schule/ Ausbildungsseminar, zurückgekehrt werden.

Für die kurzfristig verhinderte Bildungsministerin **Karin Prien** kam **Alexander Kraft** (Leiter der Abteilung III – Schulgestaltung und Schulaufsicht allgemein- und berufsbildende Schulen, Förderzentren, Qualitätssicherung) vom Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur zum Fachaustausch.

Dabei wurde insbesondere auf die neue Herausforderung, die KI (ge-

>> Alexander Bethke, Schulaufsicht *(li.)* und Alexander Kraft *(re.)*

>> Kirsten Schmöckel und Georg Hoffmann

nauer: Chat GPT) an die Schulen stellt, eingegangen. Zentrale Ängste seien dabei:

Wird KI uns als Lehrer ersetzen? Wird man in seiner Arbeit als Lehrer von Eltern, durch den Einsatz von Chat GPT, dauerüberprüft werden? Beide Ängste seien unbegründet.

Wichtig sei es, Digitalisierung und die dazugehörenden Geräte in die Schulen zu bringen, dabei müsse gerade auch auf eine nachhaltige Finanzierung geachtet werden. Der Umgang mit Digitalität sei eine neue basale Kompetenz! Man müsse genau darauf schauen, was es dazu brauche. Dazu soll die Schulaufsicht genau auswerten, anhand von automatisierter Datenverarbeitung, welche Methoden dafür am besten geeignet seien. Auch in der Ausbildung von Lehrkräften soll KI ein wichtiger Inhalt werden. Darüber hinaus sei ein Schulversuch KI ein Desiderat und zwar 'ohne Limits', um dann zu schauen, was man davon in die Fläche tragen könne.

Am zweiten Tag der Tagung ging es mit einem digitalen Vortrag zu KI in der Lehrerausbildung von Hendrik Haverkamp mit anschließendem Austausch weiter.

Dabei wurden interessante Programme (Tools) vorgestellt:

- https://murf.ai/studio/login (aus Lesetexten werden Hörtexte erstellt)
- https://www.happyscribe.com (aus Audiodateien werden Lesetexte erstellt)
- https://www.fiete.ai/ (erstellt unter Vorgaben der Lehrkraft Aufgaben und bietet eine individuelle Feedback-Funktion an)

KI ist ein neuer Mega-Trend, der auch in der Schule angekommen ist und die träge Schulentwicklung vor große Herausforderungen stellen wird – gerade die rechtlichen und datenschutzrelevanten Rahmenbedingungen müssen verbindlich und schnell vom Land geklärt werden.

Inwiefern auch die Arbeit der Lehrkräfte dadurch vereinfacht werden kann, gilt es zu untersuchen; einige werden sicherlich davon träumen, die leidigen Korrekturen bald digital outsourcen zu können. Dennoch dürfen wir uns nicht dazu verleiten lassen, die wichtige pädagogische und ganzheitliche Betrachtung der Schülerinnen und Schüler aus dem Blick zu verlieren.

In der Schule selbst sollten wir uns nicht dem Einsatz von KI im Unterricht verschließen, sondern müssen uns den neuen digitalen Realitäten stellen und einen pragmatischen Umgang mit selben finden.

Miriam Plachta und **Maximilian Röhricht**

>> Maximilian Röhricht *(li.)* und Miriam Plachta *(re.)*

Foto: photophonie/AdobeStock

Der Rechtschreibcheck wird gecheckt

Viele Deutschlehrkräfte im Land haben das neue Tool zum Rechtschreibcheck im Fach Deutsch zusätzlich zur Lernstandserhebung in Klasse 5 durchgeführt. Welche Vor- und Nachteile birgt nun der Rechtschreibcheck? Auf Nachfrage bei mehreren Lehrkräften erscheint der Rechtschreibcheck sinnvoll in der Art der Aufgabenstellungen und ist praktikabel in der Durchführung. Der Korrekturaufwand beläuft sich auf etwa zwei Stunden. Im Gegensatz hierzu ist die Lernstandserhebung 5 in Deutsch deutlich aufwändiger in der Korrektur. Für die Durchführung der beiden Testungen werden allerdings drei Unterrichtsstunden im Fach Deutsch benötigt. Auch die Rückmeldung an die Schülerinnen und Schüler erfordert zusätzlich Zeit. Allerdings werden spezifische Förderbedarfe deutlich aufgezeigt für die betreffenden Lehrkräfte, aber auch für die Lernenden und deren Eltern, da Fehlerquellen klar angegeben werden. Die Ergebnisse zwischen Lernstandserhebung 5 und Rechtschreibcheck können durchaus divergieren, wobei die Handlungsfelder aber jeweils klar werden. Es wird deutlich, dass ein großer Arbeitsaufwand für die Lehrkräfte entsteht und der Rechtschreibcheck auf jeden Fall weiterhin freiwillig durchführbar sein sollte. Außerdem sollten jegliche Lernstandsdiagnosen in möglichst naher Zukunft online gemäß gültiger Datenschutzbestimmungen erhoben werden und nicht mehr analog korrigiert werden.

Anne Käßbohrer

Tagung der Schulvertreterinnen und -vertreter aus Südbaden

Zweitägige Veranstaltung in Schluchsee

Die Arbeit für den Philologenverband Baden-Württemberg an den Schulen, die Wahlen zum erweiterten Vorstand in Südbaden, die Vorbereitung zu den Personalratswahlen im kommenden Jahr und ein Kennenlerngespräch mit Oberstudiendirektorin Christiane Sturm, der neuen Leiterin des Referats Gymnasien am Regierungspräsidium Freiburg, waren die Themen für das umfangreiche Tagungsprogramm am 12. und 13. Oktober 2023 in Schluchsee.

Warum dem PhV BW die Basis an den Schulen wichtig ist

Konrad Oberdörfer, erster Vorsitzender des Bezirks Südbaden, wies schon in seiner Begrüßung darauf hin, wie wichtig die Arbeit der Kontaktpersonen des Philologenverbandes an den Schulen ist. Sie seien »das Gesicht des Verbandes vor Ort«. Auch die beiden zweiten Vorsitzenden **Christine Gaiser** – vielen noch bekannt als Christine Waibel – und ihr Stellvertreter **Martin Stroh** begrüßten die rund fünfzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung herzlich. Es werde immer schwieriger, Vertreter für die Verbandsarbeit an den Schulen zu finden, stellte Oberdörfer fest. Deshalb solle die Tagung Handlungswissen vermitteln, um besonders den neu gewählten Schulvertreterinnen und -vertretern unter den Anwesenden die Arbeit zu erleichtern.

Wie die Zusammenarbeit mit der Landesgeschäftsstelle gelingt

Ein Fundament für die PhV-Arbeit an den Schulen bietet die Landesgeschäftsstelle. **Steffen Kottmann,** Leiter der Landesgeschäftsstelle, betonte, dass die Schulvertreter die ‘Antennen’ des Verbandes an den Schulen seien. Erklärtes Ziel sei es, an jedem Gymnasium Kontaktpersonen zu haben, um den Informationsfluss noch weiter zu verbessern. Die Büroleiterin der Landesgeschäftsstelle, **Nicole Danowski,** stellte anschließend vor, wie Schulvertreter effektiv mit dem Mitgliederportal arbeiten können. Dabei legte sie den Anwesenden besonders die Mithilfe bei der Pflege der Mitgliederdaten ans Herz. Schulvertreter sollten die Eintragungen regelmäßig auf Vollständigkeit und Richtigkeit überprüfen und Änderungen der Landesgeschäftsstelle melden.

Austausch und Anregungen für die Schulvertreter

Hilfestellung für die tägliche Arbeit der Schulvertreterinnen und -vertreter boten fünf Workshopangebote zu unterschiedlichen Themenbereichen, angeboten von **Stefanie Schrutz, Martin Stroh, Christine Gaiser, Kaïs Khalsi** und **Joachim Schröder.** Aus den Workshops gingen einige Verbesserungsvorschläge hervor, wie zum Beispiel die Anregung, die Schulvertretermappe in Hinblick auf bessere Übersichtlichkeit und persönlichere Ansprache zu überarbeiten. Außerdem wurde in verschiedenen Kontexten der Wunsch nach einer PhV-App geäußert, in der Informationen direkter und übersichtlicher verfügbar sein sollten als im Mitgliederportal.

Berichte, Wahlen und Kandidatenliste

Das Führungstrio Oberdörfer – Gaiser – Stroh konnte von vielfältigen Aufgaben und Aktionen berichten, die es in den letzten beiden Jahren bewältigt hat, bei zunehmend besser gelingender Arbeitsteilung. Alle drei betonten, diese südbadische Sonderlösung gerne beibehalten und als Trio in der nächsten Legislaturperiode weitermachen zu wollen.

Schatzmeister **Ralf Derwing** berichtete von einer weiterhin guten Finanzlage im Bezirk Südbaden. **Jürgen Harich** als Arbeitnehmervertreter wies noch einmal darauf hin, dass auch verbeamtete Lehrkräfte auf der Wahlliste der Angestellten kandidieren können, und zeigte auf, wie wichtig es für den Philologenverband Baden-Württemberg ist, den Angestelltensitz in den Personalvertretungen zu gewinnen. Weitere Rechenschaftsberichte folgten von **Stephanie Gutgsell** für die Jungen Philologen, eindringlich verbunden mit der Bitte, Materialien für Praktikanten und Referendare unbedingt an der Schule zu verteilen. Für das Seniorenreferat, das ungefähr ein Drittel aller Mitglieder repräsentiert, berichtete **Gabriele Müller-Blechschmidt,** und **Claudia Hildenbrand** stellte das Brückenreferat ‘Schule-Pension’ vor, das Pensionärinnen und Pensionäre über einen Newsletter mit Informationen zu aktuellen schulpolitischen Themen versorgt.

Anschließend standen turnusgemäß die Wahlen des gesamten Vorstandes an. Dabei traten alle bisherigen Amtsinhaber ohne Gegenkandidaten zur Wiederwahl an. Es wurden Konrad Oberdörfer als 1. Vorsitzender, Christine Gaiser als 2. Vorsitzende, Martin Stroh als stellvertretender 2. Vorsitzender sowie Ralf Derwing als Schatzmeister einstimmig wiedergewählt. Auch bei den Abstimmungen über die Positionen im erweiterten Vorstand gab es eine überwältigende Zustimmung für die jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten.

Anschließend machte der Vorstand die Kriterien transparent, nach denen der Vorschlag für die vorderen zwanzig Plätze auf der Kandidatenliste für die BPR-Wahl erarbeitet wurde. Die bisherigen Mitglieder des Bezirkspersonalrats rangieren dort auf den vorderen Plätzen, um ihre Arbeit fortsetzen zu können. Alle weiteren Plätze seien so weit wie möglich nach regionalem Proporz und geschlechtergerecht besetzt worden sowie nach dem vermuteten Grad der Bekanntheit

>> Der wiedergewählte Vorsitz Südbaden mit der neuen Referatsleiterin Gymnasien, Christiane Sturm, *v.l.n.r.:* Konrad Oberdörfer, Christiane Sturm, Christine Gaiser, Martin Stroh

der Personen im Bezirk. Auch für die HPR-Liste stellte die regionale Verteilung der Kandidatinnen und Kandidaten ein wesentliches Kriterium dar. Nach dieser Erläuterung fanden die Wahllisten ohne Einwände die Zustimmung der Schulvertreterinnen und -vertreter.

Wahlkampf!

Viel Gedankenarbeit seitens der Verantwortlichen im Philologenverband erfordert auch die Vorbereitung des Wahlkampfs für die Stufenvertretungswahlen im April 2024. Zwar sind die Vorbereitungen bereits im Gange, aber gute Wahlsprüche oder Anregungen, wie sich Mitglieder eine gelungene Außendarstellung des Philologenverbandes vorstellen, sind noch herzlich willkommen. Ideenspender, auch wenn sie keine Funktionsträger im Verband sind, sind eingeladen, ihre Ideen an das Vorstandsteam weiterzugeben.

Das Referat Gymnasien am RP Freiburg hat eine neue Leiterin

Oberstudiendirektorin **Christiane Sturm** ist die neue Leiterin des Referats Gymnasien am Regierungspräsidium Freiburg. Als sie sich in Schluchsee den PhV-Schulvertretern vorstellte, war ihre Ernennung gerade einmal zwei Wochen her. Das neue Schuljahr hatte sie noch am Theodor-Heuss-Gymnasium in Freiburg geplant und begonnen, wo sie fünf Jahre als Schulleiterin tätig gewesen ist. Davor hatte sie die Schulleitung am Immanuel-Kant-Gymnasium in Tuttlingen inne. Ihre Unterrichtsfächer waren Mathematik, Biologie und Geographie. Obwohl sie als Referatsleiterin also noch in der Einarbeitungsphase war, konnte sie bereits einige Themenfelder nennen, die sie sich in der kommenden Zeit vornehmen will: An erster Stelle sei ihr wichtig, die Schule für die Schülerinnen und Schüler weiterzuentwickeln. Um Arbeitsabläufe zu vereinfachen, werde sie sich für eine transparentere Kommunikation zwischen Kultusministerium, Schulverwaltung und Schulleitungen einsetzen. Außerdem wolle sie Wege finden, wie Besuche der Fachberaterinnen und Fachberater Dienstaufsicht in den Fachkonferenzen einheitlicher terminiert und durchgeführt werden können. In Hinblick auf die Weiterentwicklung der Digitalisierung an den Schulen sprach sie sich dafür aus, dass die Schulen die Konzepte, die sie erarbeitet haben, auch umsetzen dürfen. Allerdings gebe es noch keine positiven Signale des Kultusministeriums in Bezug auf einen weiteren Digitalpakt.

Beim Thema ‘Außerunterrichtliche Veranstaltungen’ konnte Christiane Sturm aus Schluchsee den Unmut der Lehrkräfte über die aus ihrer Sicht ungenügende Unterstützung des Landes für außerunterrichtliche Veranstaltungen mitnehmen: angefangen beim Wunsch nach einem Personalschlüssel, der auch in Notsituationen die Betreuung aller Schülerinnen und Schüler gewährleistet, bis hin zum leidigen Thema ‘Schulkonto’. Dazu versicherte Christiane Sturm, das Regierungspräsidium Freiburg dringe zumindest im letzten Punkt beim Kultusministerium auf eine Lösung. Sie hoffe, diese werde im Laufe des nächsten Jahres kommen.

Auch beim Thema Abitur wurde deutlich, dass »die Hütte brennt«. Angesprochen wurde zunächst die für manche Lehrkräfte sehr nachteilige veränderte Terminplanung beim schriftlichen Abitur 2024. Bei der Frage, ob die Drittkorrekturen erhalten bleiben sollen, wurde deutlich, dass den Lehrerinnen und Lehrern eine faire Beurteilung der Klausuren sehr wichtig, aber die Arbeitsbelastung extrem hoch ist. Die Frage nach einem zweistufigen Verfahren wollten die Anwesenden nicht generell beantworten, sondern hoben hervor, dass es dabei sehr stark auf die Ausgestaltung ankomme, wenn die objektiven Qualitätsstandards erhalten bleiben sollen.

Insgesamt verlief das Gespräch mit der neuen Referatsleitung in einer freundlichen, am gegenseitigen Austausch interessierten Atmosphäre. Christiane Sturm zeigte sich zugänglich, und sicherlich gehörte eine gewisse Courage dazu, sich nach so kurzer Einarbeitungszeit den Fragen der Versammlung zu stellen. Die Zeit wird zeigen, inwieweit sie auf ihrer Position etwas bewegen kann – auch für die Lehrkräfte.

Bettina Hölscher

Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR

Jörg Sobora
Vorsitzender

Andrea Pilz
Vorstandsmitglied

Ralf Scholl

Ursula Kampf
stellvertr. Vorsitzende

Anne-Elise Kiehn

Martin Brenner

Anne Käßbohrer

Cord Santelmann

Christian Unger

Björn Sieper

Stefanie Wölz

Konrad Oberdörfer

Für Sie im HPR außerschulischer Bereich

Michael Belz

Der PhV im HPR und HPR asB

phv BW
Philologenverband Baden-Württemberg

A14- Ausschreibungsverfahren im Mai 2024

Im Bereich der Gymnasien können zum 1. Mai 2024 landesweit insgesamt 67 Ausschreibungsstellen vergeben werden. Für Studienrätinnen und Studienräte an Gemeinschaftsschulen wird ein gesondertes Ausschreibungsverfahren erstellt.

Die Verteilung der Ausschreibungsstellen auf die Regierungspräsidien sieht folgendermaßen aus:

Stuttgart	27 Stellen
Karlsruhe	16 Stellen
Freiburg	13 Stellen
Tübingen	11 Stellen

Gymnasien, die in den vergangenen Jahren keine Ausschreibungsstelle erhalten haben, sollen vorrangig berücksichtigt werden.

Studienrätinnen und Studienräte können sich im Ausschreibungsverfahren auch auf ausgeschriebene Stellen außerhalb des Regierungsbezirks bewerben, in dem sie unterrichten. Sofern sie bei einer solchen Bewerbung außerhalb ihres Regierungsbezirks zum Zuge kommen, wird die Versetzung in der Regel erst zum 1. August eines Jahres erfolgen.

Auch wenn in diesen Fällen die ausgeschriebene Aufgabe erst zum neuen Schuljahr wahrgenommen werden kann, ist die Beförderung der Studienrätin bzw. des Studienrates dennoch zum 1. Mai vorzunehmen.

Einschränkungen der Teilzeitmöglichkeiten aus sonstigen Gründen durch das Kultusministerium Änderungen beim Freistellungsjahrmodell

In der letzten Ausgabe von Gymnasium Baden-Württemberg wurde über die beabsichtigten Änderungen berichtet. Diese sollen zum Schuljahr 2024/2025 wirksam werden. Leider hat der HPR Gymnasien in dieser Sache kein Mitbestimmungsrecht und konnte sich nur im Rahmen der Anhörung dieser Erlasse äußern. Er tat dies sehr kritisch, da er im gymnasialen Bereich (noch) nicht die Notwendigkeit für diese Einschränkungen sieht und sich gegen die pauschale Ablehnung von Anträgen ausgesprochen hat. Zwar wird jeder Antrag einzeln geprüft, aber durch die ermessensleitenden Erlasse sind die Schulverwaltungen gehalten, die Anträge nach den in den Erlassen dargelegten Grundsätzen zu beurteilen und zu bescheiden.

Bemühungen des HPR Gymnasien um Stellenhebungen von A13 nach A14

Der HPR Gymnasien stellt fest, dass auf Grund der geringen Zahl von Beförderungsstellen in den letzten Jahren immer mehr Kolleginnen und Kollegen sehr lange auf ihre Beförderung warten müssen oder gar mit A13 trotz guter dienstlicher Beurteilungen (1,5 oder 2,0) und großem Engagement in ihrem Beruf in den Ruhestand gehen (müssen). Da die Beförderung nach A14 in Baden-Württemberg nach wie vor eine Regelbeförderung darstellt, sollten nach Auffassung des HPR Gymnasien alle guten gymnasialen Lehrkräfte die Möglichkeit haben, im Statusamt einer Oberstudienrätin/eines Oberstudienrates in den Ruhestand gehen zu können.

Deshalb hat der HPR Gymnasien die Amtsleitung wiederholt gebeten, alles Mögliche zu unternehmen, damit alle guten gymnasialen Lehrkräfte möglichst frühzeitig befördert werden können. Der HPR Gymnasien hat die Amtsleitung gebeten, sich bei den nun anstehenden Verhandlungen zum nächsten Haushalt für die Hebung von Stellen von A13 nach A14 bzw. für die Schaffung neuer A14-Stellen einzusetzen, denn nur der Haushaltsgesetzgeber, also das Parlament, kann einen solchen Beschluss fassen.

Bemühungen des HPR Gymnasien um Entlastungen von Schulleitungen und Lehrkräften

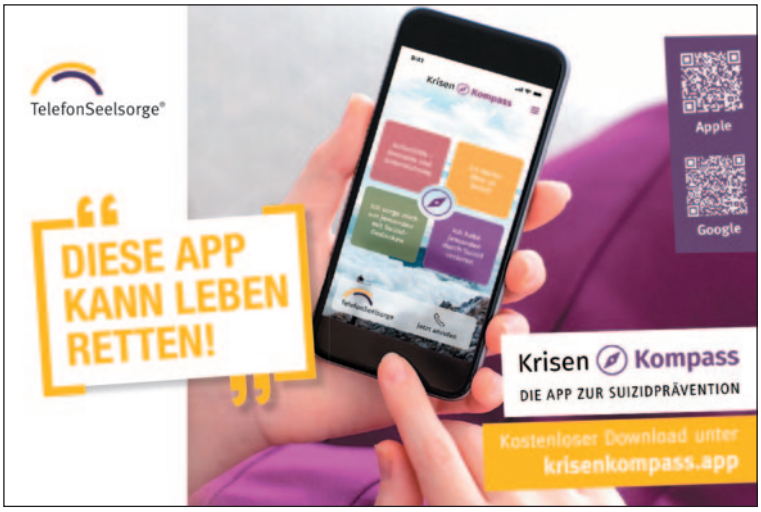
Die Belastungen an den Gymnasien und anderen Schularten sind in den letzten Jahren auf Grund zahlreicher Herausforderungen enorm gestiegen und bringen die Kolleginnen und Kollegen an ihre Grenze. Deshalb hat der HPR Gymnasien in zahlreichen Gesprächen mit der Amtsleitung diese Belastungen der Schulleitungen und Lehrkräfte immer wieder thematisiert und um Abhilfe bzw. Entlastungen und Wahrnehmung der Fürsorgepflicht gebeten. Dazu hat der HPR Gymnasien dem Kultusministerium unter anderem eine Liste mit Vorschlägen übermittelt, die zu einer spürbaren Entlastung beitragen würden. Dem HPR Gymnasien ist bewusst, dass eine Reihe dieser Vorschläge neue Ressourcen benötigen. Da das Kultusministerium an den jeweiligen vom Gesetzgeber beschlossenen Haushalt gebunden ist, hat der HPR die Amtsleitung deshalb gebeten, diese Vorschläge bei zukünftigen Haushaltsberatungen als Prioritäten des Kultusministeriums aufzunehmen und zu vertreten. Davon abgesehen hat der HPR Gymnasien das Kultusministerium gebeten, auch im Rahmen bestehender Haushalte die Prioritäten so zu setzen, dass Vorschläge des HPR Gymnasien berücksichtigt und umgesetzt werden können, insbesondere die Vorschläge, die sich ressourcenneutral oder mit geringem Ressourceneinsatz umsetzen lassen.

Der HPR Gymnasien hat unter anderem **folgende Maßnahmen** zur allgemeinen Verbesserung der Rahmenbedingungen vorgeschlagen:

- Reduktion des Deputats,
- vollständige Rücknahme der Kürzungen des Allgemeinen Entlastungskontingents für die besonderen Aufgaben der Schulen,
- Verringerung des Klassenteilers,
- Aufstockung der Lehrkräfteversorgung (der den Schulen zugewiesenen Vertretungsreserve),
- Einsatz von Verwaltungsassistenzen und Schaffung von mehr Möglichkeiten anderweitiger Verwendung,
- Verbesserung der Altersermäßigung (Rückkehr zur alten Regelung),
- Schaffung von Altersteilzeitmodellen und Beibehaltung der bestehenden Möglichkeiten der Teilzeittätigkeit.

Leider wurde vom Kultusministerium keiner dieser Vorschläge als realisierbar bewertet.

Jörg Sobora



BelWue-Abschaltung gestoppt

Nur per Zufall hat der HPR asB von der für die Seminare ursprünglich am 1. April 2024 geplanten Abschaltung der BelWue-Dienste erfahren. Durch eine sofort eingeleitete intensive Intervention ist es dem HPR asB gelungen, das KM davon zu überzeugen, dass dies erhebliche negative Auswirkungen auf die laufende Arbeit der Seminare gehabt hätte. Man denke nur an die drohende Abschaltung der dienstlichen Emailadressen aller Referendarinnen und Referendare mitten in der Prüfungsphase. Quasi von heute auf morgen hätte dann zum Beispiel auch das LLPA keinen Zugriff mehr auf die Prüflinge gehabt.

Nun ist die Kuh zumindest vorläufig vom Eis; die Bereitstellung der BelWue-Dienste für die Seminare wurde bis zum Ende des im Januar 2024 beginnenden Kurses verlängert. Das ZSL arbeitet seitdem offenbar mit Nachdruck an einer Folgelösung.

Erste Ergebnisse zur Evaluation der Fachteamstruktur

Die Ergebnisse der Befragung zur Fachteamstruktur sind in zwei großen Online-Veranstaltungen präsentiert worden. Inhaltlich sind die vorgestellten Ergebnisse bislang allerdings recht enttäuschend. Nachdem lediglich eine deskriptive Auswertung der Daten vorgenommen wurde, lassen sich auf die interessierenden Fragen zum Funktionieren der Fachteamstruktur nur vage Aussagen treffen. Zudem wurde keine Differenzierung in die verschiedenen Statusgruppen (FBU, FBU mit Lehrauftrag am Seminar und Seminaristen) vorgenommen.

Von einer Landesoberbehörde, die in ihrem Selbstverständnis auf wissenschaftliche Erkenntnisse setzt, hätte bei dieser Fragestellung auch eine inferenzstatistische Auswertung erwartet werden können.

Spricht man mit Kolleginnen und Kollegen an den Seminaren, so drängt sich die Hypothese auf, dass es hochsignifikante Unterschiede in der Zufriedenheit mit der Arbeit in den regionalen Fachteams zwischen Seminaristen und Personen, die ausschließlich in der Fortbildung tätig sind, geben muss. Es wäre nun die Aufgabe von Herrn Prof. Dr. Riecke-Baulecke, diese Hypothese zu prüfen. Wir sind gespannt!

Michael Belz

Hochdruckliga

Betroffen von Bluthochdruck?

Ihr Einsatz gegen Bluthochdruck!

Bluthochdruck verursacht jeden zweiten Herzinfarkt oder Schlaganfall. Dabei ist er leicht zu behandeln.

Die Deutsche Hochdruckliga
- klärt über Bluthochdruck auf.
- unterstützt Betroffene.
- fördert medizinische Weiterbildung.

Ihre Spende hilft uns dabei.

Spendenkonto

DE58 6725 0020 0009 2062 05

Werden Sie Mitglied der Deutschen Hochdruckliga und erhalten Sie

- Unterstützung bei der Suche nach passenden Ärzten
- Austausch in Selbsthilfegruppen
- Regelmäßige Informationen zum Thema

0 62 21 / 5 88 55-0

hochdruckliga.de/mitglied-werden

>> Michael Kupka und Kerstin Rapp in Reutlingen bei der G9-Unterschriftensammlung

Volksantrag zu G9

Die landesweite Sammelaktion zur Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums ist in der Endphase angekommen. Die Elterninitiative stößt landesweit auf große Resonanz – so auch in Reutlingen.

Am Samstag, dem 7. Oktober 2023, haben in der Reutlinger Innenstadt Aktivisten zur Unterstützung des Volksantrags ‘G9-jetzt’ einen Stand aufgebaut, um Unterschriften für die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums zu sammeln.

Die Resonanz war so groß, dass innerhalb weniger Stunden über 300 Anträge gesammelt werden konnten. Viele Menschen, die über den Samstagsmarkt schlenderten, kamen nach ihrem Wocheneinkauf vorbei, um ihre Unterstützung für die Schulreform zu signalisieren. Dabei war es vielen ein großes Anliegen, den Jugendlichen wieder ein Jahr mehr auf ihrem Weg zum Abitur zu gewähren, um vor allem Lerninhalten mehr Zeit und Raum zu geben. Die Stimmung am Stand war gut und man ist sehr zuversichtlich, dass die erforderlichen 39 000 Anträge bis zum Zieldatum am 10. November 2023 erreicht werden können, denn auch auf vielen Elternabenden im Land stößt die Initiative und der damit verbundene Wunsch nach Veränderung in der gymnasialen Bildungslandschaft auf großen Anklang. Nähere Informationen zum aktuellen Stand der angestrebten Reform gibt es unter: www.g9-jetzt-bw.de.

Kerstin Rapp

G9-jetzt! BW

https://g9-jetzt-bw.de

Foto: Corri Seizinger/AdobeStock

Kultuspolitik in Zeiten des Lehrermangels

Kennen Sie diese Tage? Nach acht Stunden Unterricht kommen Sie nachmittags erschöpft nach Hause und möchten eigentlich nur noch entspannen. Doch auf dem Schreibtisch im Arbeitszimmer warten noch Aufgaben, die es zu erledigen gilt. Das digitale Klassenbuch möchte gefüllt werden, die dienstlichen E-Mails abgearbeitet werden, der nächste Satz Klassenarbeiten wartet ungeduldig auf Sie und der Unterricht für den nächsten Schultag soll auch noch vorbereitet werden. Alles kein Problem! Kurze Pause, eine Kleinigkeit essen und ran an die Aufgabenfülle. Irgendwann im Laufe des Abends merken Sie dann, dass Sie noch ein, zwei, vielleicht auch drei Dinge vergessen haben. Na ja, die müssen dann halt bis morgen warten. Und die Freizeit? Die muss bis zum Wochenende warten, nachdem die Korrekturen durch sind.

Die Arbeitsbelastung von Gymnasiallehrern ist hoch, sogar sehr hoch. Dies bestätigen alle Arbeitszeitstudien, die in diesem Bereich durchgeführt wurden. Und genau aus diesem Grund entscheiden sich viele Lehrkräfte dazu, kein volles Deputat zu unterrichten. In Zeiten der Work-Life-Balance ist es ihnen wichtig, Privat- und Arbeitsleben in Einklang zu bringen und damit ihre persönlichen Belange und ihre Gesundheit zu schützen. Das Landesparlament hatte dies verstanden, als es entschied, Beamte dürften auch in Teilzeit, unter gewissen Vorraussetzungen gar unter 75 Prozent, dann gar unterhälftig ihren Dienst erfüllen.

Nun, in Zeiten des vom Land selbst verschuldeten Lehrermangels, wird dies konterkariert. Lehrkräfte, bei denen keine besonderen (familiären) Gründe vorliegen und welche unter 75 Prozent Dienst leisten, werden dazu aufgefordert, über stellenwirksame Änderungen ihr Deputat aufzustocken, um dem Mangel zu begegnen. Einige von ihnen haben sicherlich schon ein Schreiben der Regierungspräsidien erhalten, welche auf Anordnung des Kultusministeriums handeln.

Lehrkräfte, die sich für ein solches Deputat unter 75 Prozent entschieden haben und dafür bereit sind, sowohl auf einen großen Teil ihrer Alimentation als auch ihrer Pension zu verzichten, haben hierfür sicherlich ihre Gründe. Diese mögen wie auch immer gelagert sein, aber es ist eine persönliche Entscheidung, welcher nun durch die Hintertür die rechtliche Grundlage entzogen wird, ohne auf persönliche Belange Rücksicht zu nehmen. Da wäre mir doch eine mittelfristig geplante Einstellungspolitik, die eben nicht eine jahrzehntelange Verschleppung des Schweinezyklus und somit einen hausgemachten Lehrermangel zur Folge hat, wesentlich lieber.

Wie wäre es denn, statt dieser Aufstockungen der Deputate im selben Umfang ganz einfach neue Stellen zu schaffen? Oder möchte die Landesregierung die entsprechenden Lehrkräfte irgendwann wieder zum ‘Abstocken’ verpflichten, sollten die zusätzlichen Haushaltsmittel hierfür wegfallen? Oder wurden hierfür nun nachträglich Planstellen im Haushaltsplan geschaffen?

Der Dienst muss auch und gerade für Gymnasiallehrer trotz aller Belastungen attraktiv bleiben. Daher könnte doch unsere oberste Dienstherrin Theresa Schopper bei der Einkommensrunde 2023 einen Schritt in diese Richtung tun, indem sie sich beim Finanzminister Dr. Danyal Bayaz für unsere Belange einsetzt und die Forderungen des dbb bei den Tarifverhandlungen der Länder als angemessen einschätzt. ***Wie wäre es, Frau Ministerin?***

In diesem Sinne wünsche ich all unseren Lesern im Namen der Redaktion und des Verlages ein erholsames, gesegnetes und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Neue Jahr!

Enver Groß
Schriftleiter Gymnasium Baden-Württemberg

Der Philologenverband BW im Gespräch mit ...

... dem Bildungsausschuss der SPD-Fraktion im Landtag

Am 28. September 2023 war wieder ein Termin mit den Bildungspolitikern der SPD vereinbart. **Martina Scherer, Karin Fetzner** und **Thomas Schwan** vom Philologenverband Baden-Württemberg tauschten sich mit **Stefan Fulst-Blei, Katrin Steinhülb-Joos, Nora Dreier, Lisa Rössner** und **Daniel Born** von der SPD über aktuelle Themen aus. Die vom Kultusministerium geplanten Einschränkungen von Teilzeitmöglichkeiten, immer schlechtere Beförderungschancen, Lehrkräftemangel, die juristisch eingeforderte Arbeitszeitmessung bei Lehrkräften und die unsägliche Werbekampagne zur Akquirierung von Quereinsteigern waren nur einige der diskutierten Punkte.

... der Leitung des ZSL

Auch am 28. September 2023 fand ein Online-Gespräch von **Karin Fetzner, Martina Scherer** und **Dieter Grupp** vom Philologenverband Baden-Württemberg mit **Thomas Riecke-Baulecke** und **Michael Kilper** vom ZSL statt. Topaktuell waren Fragen zur bevorstehenden Personalratswahl des BPR ZSL, zur Fachteamstruktur, zur Evaluation bestimmter Aufgabenbereiche am ZSL und zur Anpassung der veralteten Passagen in den VwV an die neue Struktur des ZSL. Ebenso interessant sind die Teilnehmerzahlen an den ZSL-Fortbildungen, sowohl online als auch in Präsenz, und die leidigen Überschneidungen von (freiwilligen) Fortbildungen (ZSL) mit den (verpflichtenden) Dienstbesprechungen mit den Fachberatern Aufsicht.

... dem Gymnasialreferat im KM

Martina Scherer, Stefanie Wölz und **Karin Fetzner** sprachen am 2.Oktober 2023 mit **Claudia Stuhrmann** und **Jan Wohlgemuth** vom Gymnasialreferat des Kultusministeriums. Viele aktuelle Themen standen auf der Agenda, genannt seien exemplarisch die thematischen Doppelungen bei Dienstbesprechungen und Fortbildungen, die Laufzeit von Schwerpunktthemen in den IQB-Prüfungsfächern Deutsch/Englisch/ Französisch, ein Quereinsteiger-Konzept für Gymnasien, die Initiative aus der Wirtschaft zu Informatik ab Klasse 5 und das im Aufbau befindliche MINT-Hochbegabtengymnasium in Bad Saulgau. Auch über die Länge der Korrekturzeiträume im Abitur und die aktuell laufenden Anhörungen zu den Bildungsplanrevisionen in Mathematik und Deutsch wurde diskutiert. Vermisst wird von vielen Lehrkräften eine Handreichung des Kultusministeriums zum rechtssicheren Umgang mit KI im Unterricht – auch diese Anregung hat der Philologenverband Baden-Württemberg weitergegeben.

Vertreterinnen und Vertreter des Philologenverbandes Baden-Württemberg führen mit Bildungspolitikern, Amtsträgern der Schulverwaltung und Verantwortlichen aus der Amtsspitze des Kultusministeriums so oft wie nur möglich und nötig intensive Gespräche. Wir bieten und suchen einen konstruktiven Dialog. Wenn Sie eine Frage oder ein Problem haben, das wir als Ihre originäre Vertretung der Gymnasiallehrkräfte weitertragen sollen, dann wenden Sie sich vertrauensvoll an uns!

Karin Fetzner und **Martina Scherer**

Viele Köpfe erarbeiten neue Konzepte

Über dreißig Teilnehmerinnen und Teilnehmer berieten in Pforzheim über diverse Themen. Es ging um interne Verbandsangelegenheiten, aber auch um die Außenwirkung des PhV. Ebenso spielte die inhaltliche Positionierung eine große Rolle. In einem Workshop wurden beispielsweise Maßnahmen diskutiert, um dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken, die Einkommensrunde Länder (TV-L) wurde vorbereitet, ebenso tagten die Jungen Philologen und überlegten sich weitere Aufgabenfelder. Eine Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit der Zukunft des Abiturs und erarbeitete Vorschläge zur Optimierung in Bezug auf strukturelle Veränderungen und das Korrekturverfahren. Außerdem wurden vielfältige Ideen zur Personalratswahl zusammengetragen. Eine weitere Arbeitsgruppe sammelte Möglichkeiten für Verbesserungen in Bezug auf den Übergang von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen. Durch intensive Beratungen entstanden vielfältig nutzbare Konzepte, die in den folgenden Monaten weiterentwickelt und vertieft werden. Das Referat Verbandspublikationen beschäftigte sich mit der Überarbeitung des Ratgebers zum Berufseinstieg. Martina Scherer führte die Teilnehmenden strukturiert durch die Veranstaltung. Ein großer Dank gilt all denjenigen, die die Arbeitsgruppen vorbereitet und durchgeführt haben und zum Gelingen der Klausurtagung beigetragen haben.

Anne Käßbohrer

Impressionen

IMPRESSUM

Die Zeitung 'Gymnasium Baden-Württemberg' erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft 'Gymnasium Baden-Württemberg' (inklusive der DPhV-Zeitschrift 'Profil') beträgt 3,– Euro und für ein Jahresabonnement 18,– Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

Redaktion:
Schriftleiter: Enver Groß *[E.G.]*
enver.gross@phv-bw.de
Pfannenstiel 34
88214 Ravensburg

Redaktionsteam:
Sabine Grobe *[S.G.]*
Helmut Hauser *[H.H.]*
Bettina Hölscher *[HL]*
Edelgard Jauch *[E.J.]*
Anne Käßbohrer *[A.K.]*
Richard Zöller *[R.Z.]*

Herausgeber:
Philologenverband
Baden-Württemberg
Alexanderstraße 112
70180 Stuttgart
Tel.: 0711 2396250
Fax: 0711 2396277
info@phv-bw.de
www.phv-bw.de

Verlag & Anzeigenverwaltung:
Pädagogik & Hochschul Verlag
dphv-verlagsgesellschaft mbh
Graf-Adolf-Straße 84
40210 Düsseldorf
Tel.: 0211 3558104
dassow@dphv-verlag.de
www.dphv-verlag.de

Erscheinungstermin: sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Baden-Württemberg.

Ein **Online-Beitrittsformular**, den **Hinweis zum Datenschutz** und den **Datenschutz zum Newsletterversand** sowie die aktuell gültigen **Mitgliedsbeiträge** finden Sie unter

www.phv-bw.de/mitgliedschaft/

Destination Traumjob

- Was muss sich für Lehrerinnen und Lehrer ändern, damit der Beruf wieder attraktiv wird?
- Was muss jetzt passieren, um die hohen Anforderungen an den Beruf angemessen zu honorieren?

Haben Sie Ideen? Machen Sie mit bei der Postkartenaktion des PhV im Dezember!